

Zerrei die Duftwolken der Weihnacht

Psalm 3

Beim Herrn findet man Hilfe

Herr, mir ist nicht nach Weihnachten zumute.
Ich verabscheue die sentimentale Stimmung,
die an diesem Tage in der Luft hängt.
Ich möchte nicht mitmachen bei dem kollektiven Versuch,
Rassendiskriminierung, Obdachlosigkeit, Kinderelend,
strukturelle Gewalt, Hunger und Tod für 48 Stunden zu vergessen.
Man redet in diesen Tagen viel von Liebe und Mitmenschlichkeit.
Aber dieses Reden kann nicht den Schrei nach Gerechtigkeit,
kann nicht den Ruf nach Gewalt übertönen, kann nicht verhindern,
daß Mord und Totschlag, Menschenraub und Erpressung
Millionen von Menschen als einziger möglicher Ausweg erscheinen.

Doch geb ich mir Mühe, Herr, Weihnachten so zu verstehen,
wie du es verstanden hast.
Du setzt dem Übermaß der Gewalt ein Übermaß
an Hilflosigkeit entgegen.
Wo Menschen auf Reichtum und Waffen vertrauen,
vertraust du auf die Freundschaft bisher verachteter Menschen.
Wo Menschen sich für die internationalen Machtzentren interessieren,
findet dein Interesse die kleine Provinzstadt.

Herr, willst du mir sagen, daß man doch etwas tun kann,
daß die Großen nicht machen können, was sie wollen?
Willst du uns zeigen, daß auch wir mitspielen können,
daß sie ohne uns nichts erreichen können?
Ist vielleicht Weihnachten dein Protest gegen die Großmächte der Welt,
dein Ruf zur Solidarität der Kleinen und Schwachen gegen das Unrecht?

Dann, Herr, zerrei die Duftwolken der Sentimentalität,
bewaffne uns mit nüchterner Erkenntnis unsrer Lage.
Gib uns die Überzeugung, daß wir stark werden,
wenn wir schwach wie Jesus sind.
La uns in diesem Glauben Berge der Gewalt versetzen,
la unsern Schritt Gerechtigkeit und Frieden folgen,
und wenn es über unsre Leichen gehen muß.

Friedens - Informationen

Nr. 37

Dezember 1988

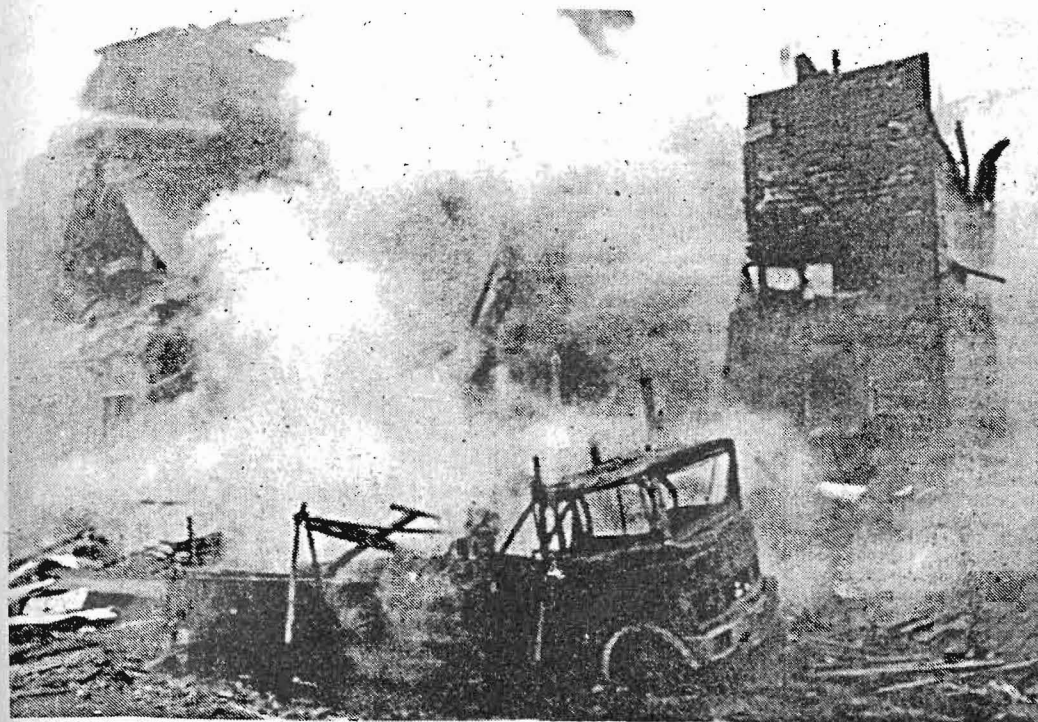
Preis: 50 Pfennig

Herausgegeben von den

Friedensinitiativen Rhein - Hunsrück und Nahe - Mosel



**Remscheid ist überall:
Zum X-tenmal: Stoppt den Tiefflugterror!!**



Siehe dazu auch Seite 2

Nach Remscheid:

Wie lange wollt Ihr das denn noch treiben?

Viele Opfer der Flugschaukatastrophe von Ramstein liegen noch in den Krankenhäusern, viele werden überhaupt nicht mehr gesund, da erreicht uns am 8. Dezember die Nachricht einer weiteren furchtbaren militärischen Flugkatastrophe.

In einem größeren Verband in Nörvenich(!) gestartet und auf dem Flug zu einem Tiefflugmanöver in den Raum östlich von Siegen, stürzte gegen 13:30 Uhr eine schwere amerikanische Thunderbolt (Donnerkeil) II brennend in ein dicht besiedeltes Wohngebiet von Remscheid. Die Maschine war vollgetankt mit hochexplosivem Kerosin sowie vollbestückt mit verschiedenen Arten von Munition (nur zur Übung sagen die am. Militärs später). Sie reißt eine dreihundert Meter lange Schneise in die Stockderstraße des Remscheider Stadtteils Hasten. Viele Menschen werden buchstäblich vom Mittagstisch weggerissen, andere erwachen nicht mehr aus ihrem Mittagsschlaf oder finden sich plötzlich schwerverletzt unter Trümmern oder mitten auf der Straße liegen. Etliche ältere Leute fühlen sich in die schrecklichen Zeiten des zweiten Weltkrieges hineinversetzt.

Aber es ist doch Frieden! (Ist es?)

Unmittelbar nach dem Absturz wurde für den gesamten Großraum Remscheid Katastrophenalarm gegeben und die Rettungsmannschaften begannen mit den Bergungsarbeiten, obwohl man zunächst keinerlei Informationen hatte. Die amerikanischen Militärstellen verweigerten (aus Sicherheitsgründen!!) jegliche Auskünfte über Art und Waffenbestückung der abgestürzten Maschine. Überall kam es noch Stunden nach dem Unglück zu schweren und leichteren Explosionen. Sechs Tote (dabei der Pilot) wurden relativ schnell geborgen, ebenso etliche Schwer- und Leichtverletzte, viele gelten noch als vermißt. Erst nach mehreren Stunden trafen die ersten amerikanischen Militärangehörigen am Katastrophenort ein. Sie sperrten erst mal alles ab und sammelten ihre Wrackteile zusammen, das war Ihnen sichtlich wichtiger, als die Bergung von toten und verletzten Menschen. Journalisten, die das im Bild festhalten wollten wurden unter Gewaltanwendung vertrieben. Welche Freunde!! Am nächsten Tag dann die verantwortlichen Politiker und Militärs am Ort des Infernos. Botschafter Burt, Verteidigungsminister Scholz, ranghohe amerikanische Generale... da stehen sie mit betroffenen Gesichtern vor den Trümmern Ihrer Politik. Wenn sie von Trauer und Mitgefühl reden, kann man es ihnen nicht mehr abnehmen, es würgt einem im Hals. Spätestens nach Ramstein geht das vielen so. Nicht nur, daß keine tiefgreifende Maßnahmen getroffen werden, die Tiefflugübungen werden uns weiter als „Preis der Freiheit“ verkauft.

Was in Remscheid am 8. Dezember 1988 geschah, kann morgen in Kastellaun, Simmern oder sonstwo genauso, oder noch viel schlimmer passieren.

Bis Silvester sollen keine Tiefflüge mehr stattfinden, sagen die Verantwortlichen Rüstungsprediger und spekulieren doch nur mit unserer Vergeßlichkeit. Aber es wird ihnen immer schwieriger die unsinnige Militärfliegerei zu verteidigen. Sie sind in der Defensive, nicht zuletzt auch wegen den Abrüstungsinitiativen Gorbatschow's.

Verstärken wir auch im neuen Jahr mit neuen Aktionen unsere Forderung:

Schluß mit dem Tiefflugterror – überall!!

• Horst Petry

Podiumsdiskussion "Von Hahn nach Ibiza?"

Etwa 200 Menschen kamen am 7. November in das Lautzenhausener Gemeindehaus, um zu hören, was unsere Landtagspolitiker zu dem Vorschlag der Umwidmung des US-Flugplatz Hahn in einen zivilen Flughafen zu sagen hatten. Eingeladen und gekommen waren Gisela Neubauer (CDU), Helmut Konrad (FDP), Joachim Mertes (SPD), Gernot Rotter (Die Grünen) und Wolfgang Bartels. Eingeladen, aber nicht gekommen war auch ein/e Vertreter/in des Verteidigungsministeriums, aber dazu später.

In den Stellungnahmen der Podiumsteilnehmer und der anschließenden Diskussion lassen sich in etwa folgende Kernaussagen zusammenfassen:

G. Neubauer: In Anbetracht der konsequenten Abrüstungspolitik der NATO könnte es doch möglich sein, daß die Amerikaner bereit sind, in den nächsten Jahren einen der acht Militärflughäfen in Rheinland-Pfalz aufzugeben. Gleichzeitig ist es so, daß der Frankfurter Flughafen total überlastet ist und in der Zukunft auch mit einem zunehmenden Luftfrachtaufkommen gerechnet werden muß. Die Aufgabe der Politiker ist es, in die Zukunft zu blicken und Wünsche zu äußern.

Vom umweltpolitischen Aspekt ergeben sich keine Bedenken, wenn man berücksichtigt, daß die Belastung ohnehin da ist, wenn die Flugzeuge eine zeitlang über Frankfurt kreisen, weil sie warten müssen, bis sie endlich landen können. Außerdem besteht ein konkretes wirtschaftliches Interesse, das hinter dem ökologischen nicht zurückstehen darf. (Zit. "Wir sind ein Industriestaat und müssen uns auch dazu bekennen".)

Voraussetzung für die mögliche Umwidmung des Flugplatz Hahn ist die Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur, sprich der Aus- oder Weiterbau der A 60.

J. Mertes: Das ganze ist ein "Sommertheater ohne ernsthaften Hintergrund". Es bestehen wohl kaum Chancen, daß der Flugplatz Hahn als Militärflughafen aufgegeben wird. Dies beweisen neue Baumaßnahmen und permanente Modernisierung bestehender Einrichtungen. Was heißt hier konsequente Abrüstung? In Wirklichkeit wird weiter aufgerüstet und dafür Geld ausgegeben. Äußerungen zu diesem Thema seitens der CDU und der FDP sind unglaublich, wenn nicht eindeutige Bestrebungen im Landtag in Richtung Konversion zu erkennen sind. Beispiele zu Konversionsprojekten gibt es bisher noch nicht. Warum nicht bei der Cruise-Missile-Basis Hasselbach anfangen? Hier zielt sich die CDU und auch die FDP.

H. Konrad: Abrüstungsbestrebungen sind im Gange und warum soll man nicht mal darüber nachdenken dürfen Der Frankfurter Flughafen ist der Zukunftsbelastung nicht gewachsen. Außerdem brauchen wir die A 60 sowieso und unbedingt. Sie ist die Voraussetzung der Umwandlung der Struktur auch aus landwirtschaftlicher Sicht. Außerdem "wußte ich, als ich extra einen Termin absagte um hierher kommen zu können, daß die Veranstaltung hier in eine Friedensdemonstration umfunktioniert werden soll."

G. Rotter: Eine Aufgabe des Militärflughafen Hahn in absehbarer Zukunft ist eine Illusion. Dies gilt auch für die anderen Flughäfen, die alle weiter ausgebaut werden. Im Jahr 1989 sind für militärische Baumaßnahmen in Rheinland-Pfalz allein 300 Mio. DM veranschlagt. Auf den Flugplatz Hahn entfallen 0,5 Mio. Dollar für eine Lagerhalle für Transportmaterial, 1,5 Mio. Dollar für eine Lagerhalle für Kriegsreparaturbedarf, 9,9 Mio.

Dollar für eine neue unterirdische Munitionskammer und 5,2 Mio. Dollar für eine Ausweichrollbahn.

Von einer massiven Abrüstung kann also nicht gesprochen werden. Sollte der Flugplatz Hahn je einmal zivil genutzt werden, dann nicht als Flughafen.

Die Grünen bemühen sich zur Zeit intensiv um die Rezivilisierung der Cruise-Missile-Anlage Hasselbach. Ein entsprechender Antrag im Landtag wurde bisher nur von der SPD unterstützt.

W. Bartels: Die Äußerungen der Politiker, sie wollten sich für eine Umwandlung des Flugplatz Hahn in einen zivilen Flughafen einsetzen sind unglaublich, wenn sie sich ansonsten nicht gegen die weiteren Aufrüstungsmaßnahmen aussprechen. Es gäbe die Möglichkeit eindeutig Stellung zu beziehen zu der geplanten zweiten Landebahn auf dem Flugplatz Hahn und gegen den Jäger 90, dessen Anschaffung den Ausbau des Militärflugplatzes Pferdsfeld zur Folge hat.

Die ursprünglich geplante A 60, der hier wohl wieder versucht werden soll, die Bahn zu brechen, hat eindeutig militärische Bedeutung. Holkenbrink bezeichnete die A 60 seinerzeit als "militärische Aufmarschstraße".

Die Aufgabe der Politiker ist es, endlich die Weichen in eine andere Richtung zu stellen und abzurufen. Dann kann man darüber reden, wie man das viele Geld für zivile Arbeitsplätze verwenden kann. Die Bedeutung militärischer Projekte als arbeitsplatz-schaffende Einrichtungen wird ohnehin überschätzt. So sind z.B. auf der Cruise-Missiles-Basis Hasselbach ganze acht Deutsche Zivilbeschäftigte, die dort in einem Jahr zusammen 44 000 Dollar verdienen.

Zum Schluß schlug Wolfgang vor, eine gemeinsame Resolution zu verabschieden, in der sich die Podiumsteilnehmer und das Publikum gegen den weiteren Ausbau des Flugplatz Hahn aussprechen sollten. Diese ist leider an den beiden Landtagsabgeordneten Neubauer und Konrad ("ich bin nicht hierhergekommen, um eine Resolution zu verabschieden") gescheitert.

Von der Darstellung der Umwidmungspläne blieb als realer Kern anscheinend nur noch der Bau der A 60 übrig, was bei vielen den Eindruck hinterließ, daß für deren Verwirklichung die Bevölkerung mit "Friedensträumen geködert werden soll" (Benno). Ein Besucher beanstandete grundsätzlich das Vorhaben eines zivilen Flughafens. "Unsere Zukunft darf nicht im Luftverkehr liegen. Das können wir uns ökologisch nicht mehr leisten!" (Werner Klockner, Kirchberg). Ein Bürger aus der näheren Umgebung beanstandete, daß die Lautzenhausener nicht gefragt werden, welche Probleme sie hier und jetzt haben. Gefragt nach den konkreten Problemen, gab er jedoch keine Antwort, sondern beschwerte sich, daß die "Parteiklatscher hierhergekartt" wurden.

Die weiteren Reaktionen des Publikums waren unterschiedlich. Einige waren sichtlich enttäuscht, daß letztendlich wohl nichts bei der ganzen Sache herausgekommen ist. Was hatten die Besucher erwartet? Dies wurde leider nicht ganz klar.

Zurück blieb jedenfalls ein eindeutiger Appell an die Politiker, sich für Abrüstung einzusetzen und sich konkret für die Hunsrücker Region, in der ein großer Teil der Arbeitsplätze vom Militär abhängig ist, ein Konzept für eine regionale Konversion zu entwickeln.

•Heidrun Kisters

Antwort des Verteidigungsministeriums

Am 8. Nov., ein Tag nach der Podiumsveranstaltung erreichte uns die Antwort des Verteidigungsministeriums mit dem Datum des Poststempels vom 7. Nov.

Sehr geehrte Frau Kisters,

Für Ihr Schreiben vom 07. Oktober mit der Aufforderung, einen Referenten zu schicken, vielen Dank.

Grundsätzlich nehmen wir jede Gelegenheit der Information zu sicherheitspolitischen Themen wahr, auch wenn uns die Fülle der Anfragen hin und wieder zu Absagen zwingt. Ein solcher Fall ist Ihre geplante Veranstaltung am 07.11.88.

Dem Bundesminister der Verteidigung ist im übrigen bis heute kein Antrag auf Umwandlung des Flugplatzes Hahn in einen zivilen Flugplatz bekannt. Der Flugplatz ist den amerikanischen Streitkräften zur Nutzung überlassen. Sie hätten daher zunächst über eine Freigabe zu entscheiden, nicht der Bundesminister der Verteidigung. Da die baulichen Anlagen auf dem Flugplatz zum großen Teil aus NATO-Mitteln finanziert sind, wäre auch eine Zustimmung der NATO-Gremien erforderlich.

Die amerikanischen Streitkräfte haben nicht die Absicht, den Flugplatz freizugeben, da er im Rahmen des Verteidigungskonzeptes eingeplant ist.

Für das Diskussionsthema fehlt aus der Sicht des Bundesministeriums der Verteidigung jeder reale Bezug.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Schiemann

"Aus dem Flugplatz Hahn einen alternativen Energiepark machen"

Eine Reaktion der Grünen - Axel Weirich, Kreisvorsitzender:

Der Vorschlag von Frau Neubauer, den Militärflugplatz Hahn in einen zivilen Flughafen umzuwandeln, hatte im Sommer auch in der Hunsrücker Friedensbewegung für Furore gesorgt. "Beginnt nun auch in der CDU ein Umdenken in Sachen militärischer Abhängigkeit des Hunsrücks?" fragten sich viele. "Oder geht es Frau Neubauer nur darum, sich öffentlichkeitswirksam an ein populäres Thema anzuhängen?"

In diesen Fragen hat die Podiumsdiskussion einige Klarheit gebracht. So wurde sehr schnell deutlich, daß es der CDU-Landtagsabgeordneten nicht ernsthaft um Alternativen

zu den militärabhängigen Arbeitsplätzen im Hunsrück geht. Mit keinem Wort sprach sie sich gegen die geplanten neuen Militärprojekte und Erweiterungsmaßnahmen bestehender Anlagen aus. Allein für den Ausbau des Flugplatzes Hahn geben die US-Amerikaner im nächsten Jahr über 20 Millionen Dollar aus, um unter anderem eine zweite Startbahn anzulegen und gegen Giftgas geschützte Bunker zu errichten.

Bei den Anwesenden verstärkte sich mehr und mehr der Eindruck, daß Frau Neubauer von höherer Stelle vorgeschickt wurde, um den Hunsrückern mit der Aussicht auf einen zivilen Flugplatz die ungeliebte A 60 schmackhafter zu machen. Verschwiegen wurde von ihr dabei natürlich auch wieder die militärische Bedeutung dieser Autobahn, die die belgischen Seehäfen, wo die Amerikaner Munition und militärische Ausrüstung nach Europa einschiffen, und den Frankfurter Rhein-Main-Flughafen verbindet, von wo aus die "Schnelle Eingreiftruppe" im Krisenfall in den Nahen und Mittleren Osten startet.

Seit etwa einem Jahr gibt es innerhalb der Hunsrücker Friedensbewegung einen überparteilichen Arbeitskreis "Regionale Konversion und eigenständige Regionalentwicklung", der es sich zur Aufgabe gemacht hat, Alternativen zu der wirtschaftlichen Abhängigkeit des Hunsrücks vom Militär zu entwickeln. Für die Mitglieder dieses Arbeitskreises war von Anfang an klar, daß die Umwandlung der militärischen Arbeitsplätze in zivile sowohl sozial wie auch ökologisch verträglich sein muß.

Ein Großprojekt, wie der von Frau Neubauer vorgeschlagene Frachtflughafen ist für die Probleme des Hunsrücks keine Lösung. Im Gegenteil. Er brächte mit seiner notwendigen Infrastruktur weitere Landnahme und Flächenversiegelung mit sich, die Lärmbelastigung würde wohl eher noch steigen und die Luftverschmutzung durch Flugbenzin, die erwiesenermaßen im Bereich von Flughäfen für das Waldsterben verantwortlich ist, unserem Wald wohl endgültig den Garaus machen.

Auch alle Bestrebungen der Verbandsgemeinde Kirchberg, den Fremdenverkehr zu fördern, wären mit der Realisierung des Frachtflughafens für die Katz. Sinnvoller wäre es, aus dem Flugplatz Hahn einen alternativen Energiepark entstehen zu lassen. Die Hunsrücker Luft ist relativ klar, so daß eine Nutzung der Sonnenenergie zusammen mit der Windenergie in Frage käme.

Eine weitere Möglichkeit wäre, im Zusammenhang mit der Kirchberger Flachsschwinde eine Flachsindustrie anzusiedeln. Flachs ist eine der härtesten natürlich vorkommenden Fasern und eignet sich unter anderem hervorragend als Ersatzstoff für den krebserregenden Asbest in der Bauindustrie.

Zusätzlich könnte auf dem Gelände des Flugplatzes Hahn noch ein Müllrecycling-Zentrum entstehen, in dem alle wiederverwertbaren Stoffe zurückgewonnen werden. Diese könnten dann direkt vor Ort verarbeitet werden - Energie dafür und für die Flachsindustrie wären ja direkt aus dem Energiepark nebenan zu beziehen. Gleisanschluß für den umweltfreundlichen Transport der produzierten Güter ist auch vorhanden.

Der Rhein-Hunsrück-Kreis könnte so sein Müllproblem auf ökologische Weise lösen und müßte sich nicht mehr an der Müllverbrennungsanlage im Koblenzer Raum beteiligen. Mit ein wenig Phantasie und vor allem dem politischen Willen dazu, ist die Umwandlung militärabhängiger in zivile umweltverträgliche und gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze keine Illusion.

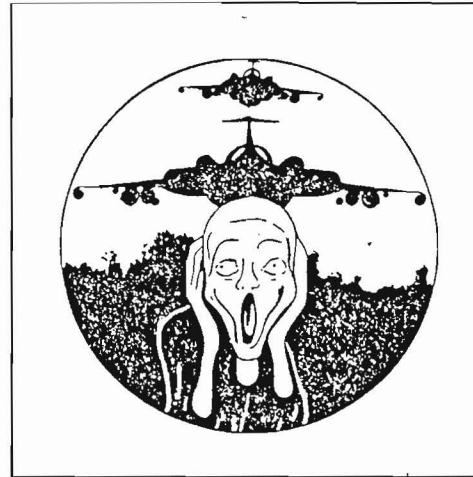
Ist kommunale Friedenspolitik möglich?

Antwort: sie sollte, ja sie müsste es sein! - Wie aber sehen die Realitäten aus ... bei unseren unmittelbaren kommunalen Gremien der Stadt- und Verbandsgemeinderäte?

Am Beispiel eines Antrages zur Militärflug-Problematik, wie er unlängst von den Friedensgruppen Buchholz und Boppard an die im Stadtrat vertretenen Mandatsträger gestellt war, lässt sich das verdeutlichen:

Mit Schreiben vom 30.09.88 an alle im Bopparder Stadtrat vertretenen Fraktionen wurde über die erhebliche Belastung der Stadtregion durch militärische Flugübungen Klage

geführt. Ein Resolutionsentwurf wurde mit der Bitte um Beschlußfassung beigegeben. Reaktion der Kommunalpolitiker: nur eine der Fraktionen, nämlich die der Grünen im Stadtrat (das sind 3 von 31 Volksvertretern!) hat sich rückgeäußert. Dieselbe Fraktion war es dann auch, die unseren Resolutionsentwurf auf die Tagesordnung der Ratssitzung vom 14.11.88 brachte. Der zur Beschlußfassung vorgelegte Text des Resolutionsantrages löste eine Debatte aus, die schließlich darin gipfelte, daß der Inhalt "beschlußreif" gemacht, d. h. völlig entpolitisiert wurde. - Was übrig blieb, war keine Resolution, die geeignet wäre, in Bonn und anderswo Protest kundzutun mit dem



Zweck, Veränderungen einzuleiten ... Was übrigblieb, war schlichtweg eine Beschwerde, wie sie täglich x-fach in Bonn und Mainz zu den Akten genommen wird!

Unsere KommunalpolitikerInnen sehen ihren Auftrag ausschließlich darin, parlamentarische Kontrolle zu üben über die gemeindlichen Verwaltungen ...oder deren Aufgaben mitzuverwalten. Das tun sie gleich ihren Kollegen mit dem Kürzel "MdL", die ebenfalls ihre politische Arbeit ausschließlich in Landesdingen sehen. - Alles was "von oben" kommt, wird von den Parteikollegen unterer Charge passiv hingenommen. Durch dieses Regelverhalten ist inzwischen der "dreigeteilte Bürger" entstanden: Wir sind nicht einfach Bürger der Bundesrepublik Deutschland, nein, die Politiker haben uns längst dreigeteilt, in Bundes-, Landes- und Gemeindebürger ... wobei die Reihenfolge immer willkürlich gewählt wird. - Daß eine Demokratie nur dann ihren Namen verdient, wenn die Macht wirklich vom Volke ausgeht, bleibt hier ohne Bedenken außen vor. So ducken sie also im Namen des Volkes: die Kommunalen vor den Landes- und Bundes-Besserwissern - die Landes- vor den Bundes... us.w.! Das Wahlvolk hat seine Macht abgetreten an Leute, die eigentlich nur noch Institutionen dienen. Dieser Schluß ist jedenfalls belegt durch das eingangs geschilderte Beispiel im Bopparder Stadtparlament.

Da aber andernorts kommunale Friedensarbeit zum politischen Alltag von Stadt- und

Gemeinderäten gehört, läßt dies hoffen und rechtfertigt den Einsatz gegen mißverständene demokratische Regeln. - In 126 Städten der BRD wurden inzwischen friedenspolitische Beschlüsse gefaßt, und in 77 dieser Friedensorte wird kommunale Friedenspolitik nicht nur verbal, sondern als aktives Engagement verstanden. Hierzu gehören Städte wie Aachen und Essen, Hattersheim und Friedberg ... die Städte Marl und Schwerte sowie der Kreis Minden-Lübbecke stehen da in vorderster Reihe. Daneben gibt es schon lange die Bewegung atomwaffenfreier Gemeinden, zu denen auch Köln und weltweit hunderte von Orten gehören. In den meisten der Orte mit kommunaler Friedensarbeit findet eine gute Kooperation statt zwischen Rat, Verwaltung und örtlichen Friedensgruppen. Friedensaktive Bürger bleiben da nicht auf sich allein gestellt ... werden z. B. durch eingeplante Mittel im Etat auch finanziell gestützt ... wodurch intensivere Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden kann. Für solche strukturell eingebundene Friedensarbeit müssen natürlich entsprechende Rahmenbedingungen in einem Gemeinwesen geschaffen werden. Friedenspolitik darf sich nicht darin erschöpfen, die Vorgänge um Militär- und Rüstungspolitik kritisch zu begleiten ... sie muß die örtlichen Fragen der Arbeitslosigkeit, der Asylantenprobleme und des Umweltschutzes einschließen. Für den Frieden arbeiten heißt auch, sich den Themen regionaler Geschichte zu stellen ... diese und viele ähnliche Sachgebiete gehören doch eindeutig auf die Tagesordnung gemeindlicher Politik!

Wir in der Militärregion Hunsrück können da nur auf KommunalpolitikerInnen hoffen, die bereit sind, die zweifellos vorhandenen Möglichkeiten stärker zu nutzen, um der Friedenspolitik da zum Durchbruch zu verhelfen, wo sie ihre Wurzeln haben muß: bei den Menschen in unseren Dörfern und Städten.

• Franz J. Hofmann

Resolutionsentwurf der FI Boppard/Buchholz:

Entschließung des Rates der Stadt Boppard
gegen militärischen Tiefflug.

MILITÄRISCHE TIEFFLÜGE SIND GEWALT GEGEN DIE BEVÖLKERUNG
IN DEN LÄNDLICHEN REGIONEN ... SIE SIND EIN GROBER VERSTOSS
DER MILITÄRS GEGEN DIE GRUNDRECHTE UNSERER VERFASSUNG.

Wir fordern deshalb:

- Die sofortige Einstellung aller Tiefflüge, Überschallflüge und Luftkampfübungen über unserem Stadtgebiet !
- Die Abschaffung jeglicher Ausnahmen für deutsche und ausländische Militärflugzeuge vom Bundesimmissionsschutzgesetz!
- Ein Verbot für militär. Nachtflugübungen zwischen 20.00 und 6.00 Uhr !
- Absolutes Flugverbot für Militärmaschinen an den Wochenenden!
- Schluß mit den Sonderrechten der Alliierten, weil das NATO-Truppenstatut mit seinem Zusatzabkommen aus 1963 deutsche Bürger einem rechtsfreien Raum überläßt !
- Die Rückkehr zu einer Sicherheitspolitik, die dem Defensiv-auftrag unseres Grundgesetzes entspricht... somit militär. Tiefflug und alle damit verbundenen Negativerscheinungen erübrigt !

Verabschiedete Resolution des Stadtrates von Boppard:



Bundesminister der Verteidigung
Hardthöhe
5300 Bonn

5407 Boppard 1, 22.11.1988

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
6500 Mainz 1

Bezirksregierung
5400 Koblenz

Kreisverwaltung des
Rhein-Hunsrück-Kreises
6540 Simmern

Resolution gegen militärische Tiefflüge

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Stadtrat der Stadt Boppard hat in seiner Sitzung am 14.11.1988 folgende Resolution beschlossen, deren Wortlaut wir Ihnen hiermit bekanntgeben:

"Resolution gegen militärische Tiefflüge

Militärische Tiefflüge sind Gewalt gegen die Bevölkerung in den ländlichen Regionen

Wir fordern deshalb für unser Stadtgebiet:

- Die sofortige Einstellung aller Tiefflüge, Überschallflüge und Luftkampfübungen!
- Die Abschaffung jeglicher Ausnahmen für deutsche und ausländische Militärflugzeuge vom Bundesimmissionsschutzgesetz!
- Ein Verbot für militärische Nachtflugübungen zwischen 20.00 und 6.00 Uhr!
- Absolutes Flugverbot für Militärmaschinen an den Wochenenden!"

Auf den entsprechenden Beschluß des Stadtrates Boppard vom 12.03.1986 wird hingewiesen.

Mit freundlichen Grüßen

Gipp
Bürgermeister

FI Viertäler informiert:

Baupläne zum Mobilmachungsstützpunkt abgelehnt! Umgehungsstraße für Mobilmachungsstützpunkt?

In diesem Jahr wurde bekannt, daß die Bundeswehr auf dem alten Nike-Herkules-Stützpunkt in der "Grundlos Wies" (bei Dichtelbach, aber auf der Gemarkung von Oberdiebach/Manubach) einen Mobilmachungsstützpunkt plant.

Eine Initiative aus Oberdiebach/Manubach hatte zuvor bei den zuständigen Stellen um eine Umwidmung des Militärgeländes in einen Jugendzeltplatz angefragt. Die Gemeinden Oberdiebach und Manubach wollten das Militärgelände zurückkaufen und es wieder aufforsten.

Das Bundesverteidigungsministerium und die Bundesvermögensverwaltung wiesen diese Anliegen zurück mit dem Hinweis auf eine in Planung befindliche neue militärische Nutzung (Mobilmachungsstützpunkt).

Für die Planungsvorbereitung fanden in diesem Sommer vertrauliche Vorgespräche mit ausgesuchten Volksvertretern in Rheinböllen statt, ohne die gewünschte Wirkung in den Gemeinden Oberdiebach/Manubach. Als dort das Staatsbauamt die Zustimmung der Gemeinderäte für den Bau des Mobilmachungsstützpunktes einholen wollte, lehnten beide Gemeinderäte einstimmig ab. Sie hielten an ihren Plänen zur Wiederaufforstung des Geländes fest und wiesen die Aufrüstungspläne zurück.

In Dichtelbach fürchtete der Gemeinderat den zunehmenden Militärverkehr durch das Dorf. Statt ebenfalls die Pläne der Bundeswehr zum Bau eines Mobilmachungsstützpunktes - die eigentliche Ursache des Übels - zu bekämpfen, bietet sie der Bundeswehr und den Amerikanern eine Umgehungsstraße am Ortsrand an, die die NATO-Straße mit der K 45 in Höhe Sportplatz verbinden soll und stellt sich als Baulasträger zur Verfügung. Wenn Dichtelbach wie Manubach und Oberdiebach den Mobilmachungsstützpunkt offensiv ablehnen würde, bestünde die Chance, die militärische Belastung wirklich einzudämmen. Stattdessen wird weiter auf Kosten von Natur, Umwelt und Mensch aufgerüstet.

Wir fordern

- **keinen Mobilmachungsstützpunkt in der "Grundlos Wies",**
- **keine Umgehungsstraße auf Kosten von Feuchtwiesen,**
- **statt Mobilmachung für den Krieg, den Frieden vorbereiten!**

• Benno Kisters, Friedensstammtisch Viertälergebiet

GOSSBERG

"Datenauswertstation" nennen es die Militärs, vor einigen Jahren nannten sie es "Frühwarnanlage". Eine Warnanlage mag sinnvoll erscheinen oder wenigstens harmlos. Aber so wie ein Atomkrieg für uns nichts mehr mit dem gemeinsam haben wird, was wir bisher "Krieg" nannten, so hat diese "Warnanlage" oder "Datenauswertstation" nichts gemeinsam mit irgendeiner uns sonst bekannten Warnanlage oder Datenauswertung.

Das Ziel von Warnanlagen, die z.B. auf Feuer, Gas oder eine Störung in einem Kernkraftwerk aufmerksam machen sollen, ist, daß durch Automaten oder Menschen das Feuer, Gas oder Atomkraftwerk abgeschaltet, abgeschottet, entgiftet oder gelöscht wird. Die geplante "Warnanlage" soll genau das Gegenteil tun. Wenn ihre Computer signalisieren, daß militärischen Zentren Gefahr durch einen Raketenangriff droht, soll diese "Warnanlage" Atombomben losschicken, Mord an Gottes Schöpfung auslösen.

Es geht nicht um Warnung, dieses Wort wird hier mißbraucht. Hier soll eine Sache eingerichtet oder auf den "modernsten" Stand gebracht werden, die dem Präsidenten der USA oder dem "Präsidenten" Zufall die Möglichkeit gibt, möglichst gegen alle inneren Zweifel oder Vorwürfe geschützt, Atombomben loszuschicken. Dieses Computersystem wird eines Tages (wie ähnliche Systeme in den USA schon so oft *) sagen: "Da kommen sowjetische Raketen." Weil die Militärs auf eine immer kürzere Flugzeit der Raketen hinarbeiten, wird der Computer dann vielleicht an diesem Tag nicht mehr die Zeit haben oder den Menschen nicht mehr die Zeit lassen, zu entdecken, daß die "Raketen" wieder einmal nur der aufgehende Mond, eine Schar Wildgänse oder ein Stäubchen in der Anlage sind. Und dann wird der Präsident der USA zwei Minuten "Zeit haben zu entscheiden", egal ob er dann gerade schläft, Bauchweh oder Streit mit seiner Frau hat.

Auch das Wort Entscheidung ist hier Fehl am Platz, nicht nur wegen der zwei Minuten. (Wie lange haben Sie überlegt, ob Sie ein neues Auto kaufen wollen?) Wie diese "Entscheidung" des Präsidenten der USA aussehen wird, ist durch den Bau dieser Anlage, durch das Bestreben, zu immer kürzeren Flugzeiten zu kommen und so auch die "Entscheidungszeit" des Präsidenten weiter zu verkürzen, schon vorweggenommen.

Es gibt nur einen wirklichen menschlichen Entschluß: Niemals selber eine Atombombe losschicken, was immer uns auch dazu herausfordern mag, sondern alle Kraft dafür einzusetzen, mit neuen Augen ein neues Zusammenleben auf dieser Erde zu entwickeln -

- und wenn wir alle darüber sterben,
denn nur so hat das Leben auf der Erde, haben unsere Kinder eine Chance.

Wer eine solche "Datenauswertstation", solch ein "Entscheidungssystem", wie solche Anlagen auch genannt werden, einrichtet, handelt wie die Menschen, die Auschwitz bauten, das nur ein Ziel hatte.

Er/sie handelt noch schlimmer, denn er/sie ist auch verantwortlich dafür daß die "Gegenseite", die Militärs der UdSSR dann ihr "Entscheidssystem" "modernisieren".

*Fünf Professoren, die 1983 gegen die Beteiligung der BRD an solchen "Frühwarnanlagen" beim Bundesverfassungsgericht klagten (und abgewiesen wurden), kamen damals aufgrund der vielen Fehlalarme in solchen Anlagen in den USA zu dem Schluß, daß "Störfälle" in einer solchen Anlage, d.h. Fehlalarme 100 000 bis 1 Million mal häufiger sind, als Störfälle in einem Kernkraftwerk. Vor Tschernobyl hat das unsere Verfassungsrichter unbeeindruckt gelassen. Und jetzt?

• Ursula Lindner, Hundheim

Informationsveranstaltung geplant

Zum Thema Gossberg ist eine Informationsveranstaltung geplant zu der wir einen Vertreter der amerikanischen Streitkräfte, des Verteidigungsministeriums und einen Experten aus der Friedensforschung einladen möchten. Telefonische Anfragen beim Verteidigungsministerium und bei dem Verbindungsoffizier Köster (von der Cruise-Missile-Basis Hasselbach) haben ergeben, daß eine Teilnahme der Amerikaner und auch der Bundeswehr eher unwahrscheinlich ist. Wir wollen es trotzdem weiterhin versuchen. Angepeilt war als Termin Anfang Januar 89, was jedoch nicht eingehalten werden kann. Wir hoffen, daß eine Veranstaltung zu einem späteren Zeitpunkt möglich wird.

Auf folgende offene Fragen erhoffen wir uns Antworten:

1. Was ist die militärische Bedeutung einer verbunkerten "Datenauswertstation"?
2. Warum reicht die alte Anlage (Metro Tango - Alte C-Battery im Faas an der Hunsrückhöhenstraße) nicht aus, die in den letzten Jahren sehr umfangreich ausgebaut wurde?
3. Spiegeln sich in der Anlage neue Konzepte der "elektronischen Kriegsführung" wieder?
4. Warum soll die alte Anlage trotz des geplanten Nuebaus zusätzlich um zwei hektar erweitert werden?
5. Warum wird die nach dem INF-Vertrag freiwerdende Cruise Missile Station Hasselbach mit ihren sechs Bunkern nicht als "Datenauswertstation" benutzt?
6. Warum werden solche kostspieligen Bunker gebaut, bevor die NATO ein Konzept der konventionellen Abrüstung erstellt hat?

Die Anlage Hasselbach einem zivilen Nutzen zuführen!

Einen entsprechenden Antrag haben Die GRÜNEN im Landtag eingebracht. Unterstützt wird dieser Antrag von der SPD-Fraktion. Wir veröffentlichen hier einen Teil des Redebeitrags des SPD-Abgeordneten Joachim Mertes aus Buch:

... Es nützt nichts zu sagen: Mertes, wie kannst du dich mit den GRÜNEN solidarisieren? - Richtig ist - da sind wir jetzt bei dem Papier, dem Antrag der GRÜNEN - : Der Antrag ist nach meiner Meinung gut begründet. Er ist auch deshalb notwendig, weil Sie sich vor Augen führen müssen, daß wir auf dem Hunsrück, auf einem Gebiet von etwa 1 000 Quadratkilometern, im Durchschnitt alle fünf Kilometer eine militärische Anlage haben. Zum ersten Mal wird eine militärische Anlage überflüssig. Sagen wir, damit Herr Dr. Langen zufrieden ist, auch weil die Bundesregierung da mitgeholfen hat. Also sind wir uns einig. Jetzt haben wir eine Anlage weniger. Richtig ist die Argumentation des Kollegen Eymael, der sagt: Aber die Weiterverwendung hängt von der NATO ab. - Nun sagen wir politisch folgendes: Warum sind wir nicht einmal so selbstbewußt und sagen, wir wollten eine Entzerrung der militärischen Belastung, und bei dieser Anlage, die wirklich aufgegeben wird, weil die Raketen fortkommen, fangen wir an? - Es geht hier wirklich um einen symbolischen Schritt, ob wir es einmal schaffen, als Deutsche zu sagen: Die Belastung, die wir in diesem Gebiet haben, ist zu groß, und wir wollen deshalb die Belastung abschaffen. Meine Damen und Herren, hier sitzt ja auch noch der Abgeordnete Konrad. Dieser könnte Ihnen erzählen, so wie ich, wie lang die Marschkolonne aus dieser Anlage ist und wie schwierig es ist auf dem Hunsrück bei den Straßenverhältnissen insbesondere im Winter. Er könnte Ihnen sagen, wie viele PKWs morgens durch unsere Städte rauschen, wenn es zur Arbeit auf die einzelnen militärischen Standorte geht. Er könnte Ihnen eine ganze Menge sagen. Aber ich weiß, Sie werden sagen: Und das soll Grund genug sein, die Verteidigung zu schwächen? - Da wird keine Verteidigung mehr geschwächt, da wird nur Neues passieren.

Wenn diese Anlage von der NATO weiter genutzt wird, dann wird es keine U-Boot-Unterstützungsanlage werden, denn da ist zu wenig Wasser. Es wird etwas werden, was mit Lenkkörpern, mit Raketen und mit Luftwaffeneinrichtungen zu tun hat. Es wird vielleicht keine Station werden, bei der chemische Waffen eine Rolle spielen. Nur, meine Damen und Herren, wir haben Waffen genug, und wir bitten um einen Schritt in die Richtung, zu sagen: Wo können wir entzerren dort, wo viel Militär ist?

Diesen Schritt wollen wir eigentlich gar nicht allein. Da sagt meine Kollegin Neubauer, der Flugplatz Hahn, das wäre doch einmal eine tolle Gelegenheit, dafür zu sorgen, daß daraus ein Frachtflugplatz wird. Na prima. Der Minister Brüderle sagt ähnliches,.... Das heißt, es gibt bei Ihnen ja auch das Denken, daß wir entzerren, Nur, dann müssen Sie es auch einmal sagen, nicht nur den Mund spitzen und dann nicht pfeifen....

Auf den Flugplatz Hahn zu warten, ist natürlich die einfachste Gelegenheit. Der wird ausgebaut, da wird die Infrastruktur ausgebaut, da können wir sagen: Das dauert noch bis

zum Jahr 2015. - Aber hier ist eine Station, die aufgegeben werden kann, und hier könnte man sozusagen seine eigene Selbständigkeit und sein eigenes Selbstbewußtsein einmal beweisen.

Meine Damen und Herren, die Anlage hat viel Ärger auch im Verhältnis Bürger und Staat gebracht, und zwar nicht nur jenen, die dagegen waren. Ich habe hier einige Fälle exemplarisch aufgezeigt (gemeint ist die Aktion gegen das HUNSRÜCK FORUM wegen Veröffentlichung des Lageplans - Anm. d. Red.).

Die Anlage ist nun Gott sei Dank in einer Situation, wo wir sagen können: Sie wird in drei Jahren zugemacht werden. - Warum brauchen wir eine weitere Nutzung? Warum können wir als Landtag nicht sagen: Wir würden empfehlen, keine weitere Nutzung vorzunehmen, damit wir in der Lage sind, dieses Gebiet etwas mehr zu entmilitarisieren? Um mehr werden Sie nicht gebeten!

GLASNOST IM TAKTISCHEN RAKETENGESCHWADER

Neue Zeiten im 38. Taktischen Raketengeschwader Wuescheim. Die Cruise Missile Einheit unter dem frisch ernannten neuen Chef Col. Richard A. Myers ist leidige Verschleierungen satt. Bisher erschien unter dem unverfänglichen Namen "GRYPHON GUARDIAN" wöchentlich das Informationsblatt dieser Truppe, die mit dem Finger an den Abschlußknöpfen von 64 Atomraketen innerhalb weniger Stunden Europa in eine zweite Steinzeit zurückbomben kann.

Was sagt da schon der Name "GRYPHON GUARDIAN", benannt nach einer sagenhaften Fabelfigur. Nun ist Schluß mit dem drum herum Gerede. Die US-Soldaten sind im Hunsrück um sich im Kriegshandwerk des Atomzeitalters zu üben. Commander Myers hat deshalb beschlossen, seine Zeitung ab dem 18. November in "WUESCHEIM WARRIOR" (Wuescheim Krieger) umzubenennen. Ich finde, der Name ist ehrlicher. Sorgen wir dafür, daß Myers und seine Kriegsfantasien möglichst schnell aus dem Hunsrück verschwinden.

HAHN AIR-BASE: WASSERNOTSTAND

Die Wasserverschwendung auf dem US-Flugplatz Hahn wurde schon mehrfach von uns angeprangert. Mit einem täglichen Verbrauch von über 2,2 Millionen Liter werden dem Hunsrück riesige Wassermengen entzogen. Um eine kleine Vorstellung von der Menge zu vermitteln: Ein Stausee, 5 Meter tief, 163 Meter breit und einen Kilometer lang rast jährlich durch die Kanalisation der "Hahn Air Base".

Kurz vor dem amerikanischen Erntedankfest im November brach die Zuleitung des größten Brunnens, der normalerweise bis zu 95 Tausend Kubikmeter Wasser speichert. Bis die schlampige US-Verwaltung darauf aufmerksam wurde, war der Brunnen fast vollständig leer gelaufen. Der Wassernotstand wurde verkündet. Mit drastischen Sparmassnahmen mußte der Verbrauch auf die Hälfte reduziert werden. Das Raketengeschwader Hasselbach, mit direktem Anschluß an die Rheinhöhen Wasserversorgung, schickte Wasser mit Tankwagen zum Hahn. Auch vom Dorfbrunnen der Gemeinde Schahren wurde Wasser für die Amerikaner gepumpt.

• Reinhard Sczech

PAX - CHRISTI IM HUNSRÜCK

Manfred Fuchs, Tombacher Str. 1, 6541 Unzenberg

Unzenberg, 25.11.1988

Liebe Pax-Christi-Freundinnen und Freunde im Hunsrück!

Im April waren die meisten von uns bei der Pax-Christi-Diözesanversammlung in Kastellaun. Da wir keine regelmäßig arbeitende Gruppe sind, werden wir uns nicht oft während des Jahres treffen können. Jeder einzelne von uns ist an vielen Orten voll engagiert. Wir alle benötigen aber auch Momente der Besinnung und des Kraftschöpfens.

In der Zeit vom 18. - 20. Nov. haben meine Frau und ich an der bundesweiten DV von Pax-Christi in Tauberbischofsheim teilgenommen. Dort haben wir die vielfältige Arbeit von Pax-Christi erleben dürfen. In den Kommissionen, ad-hoc-Gruppen und im Präsidium wird gute Versöhnungsarbeit geleistet. Mit vielen guten Freunden konnten wir Gespräche führen und Gottesdienst feiern.

Im Bistum Trier wird die nächste Diözesanversammlung vom 08. - 09. April in Prüm in der Eifel sein. Durch die Verlängerung dieses Treffens auf zwei Tage wollen wir erreichen, daß neben den notwendigen Formalien mehr Zeit für die themenbezogene Arbeit sein wird. Wir wollen uns in Prüm mit dem "Faschismus" beschäftigen. Die Bistumsstelle wird bald eine nähere Information geben.

Zwei Pax-Christi-Gruppen, zu denen wir einen engeren Kontakt haben, sind die Gruppen in Aachen und Bonn. Von diesen Gruppen geht für Sonntag, 08. Januar 1989 eine Einladung aus. Auf dem Friedensacker bei Linnich (zwischen Köln und Aachen) wird ein Gebetsstock eingeweiht. In diesem Gebetsstock steht ein Bild, welches Jesus darstellt wie er ein Gewehr zerbricht.



„Der Gewaltfreie Jesus von Linnich“

Dieser Friedensacker liegt sofort neben der Großbaustelle des "Nato-Führungsbunker". Zu der Einweihung dieses Gebetsstockes laden evangelische und katholische Friedensgruppen ein. Wir werden ein Säckchen "Hunsrückerde" zu dieser Feier auf dem Friedensacker austreuen. Abschließend wird es ein gemütliches, aufwärmendes Zusammensein in einem Gemeindehaus geben.

Es wäre schön, wenn wir diese Fahrt mit einer größeren Gruppe machen könnten. Auch ganze Familien sind herzlich eingeladen.

Wer sich uns an diesem 08.01.1989 anschließen will, möchte sich bitte bis zum 18.12.88 bei uns melden.

Uns allen erhoffe ich eine besinnliche Erwartungszeit auf das Weihnachtsfest. Ein Gedankenstoß soll die „Maria von Soweto“ sein. Eine Hunsrücker Künstlerin, Marie-Luise Reis, deren Gedichte wir anlässlich des Kreuzweges am Karfreitag um den Stationierungsort (1987) kennenlernen konnten, hat sie gefertigt. Die Übertragung des Psalms 3 durch Diethart Zils hat uns sehr angesprochen.

SHALOM und eine gut Zeit

Blockade in Linnich-Glimbach

Am 2. November '88 fand an der Baustelle der NATO-Kommandozentrale in Linnich-Glimbach am Niederrhein eine gewaltfreie Blockade statt, an der sich mehr als 100 Personen aus dem ganzen Bundesgebiet, von Hamburg bis an die Schweizer Grenze, beteiligten.

Für die Blockade wurde mit einem öffentlichen Aufruf geworben, der - trotz des Urteils des Bundesgerichtshofes, das die Strafverfolgungsbehörden verpflichtet, die UnterzeichnerInnen solcher Aufrufe anzuklagen - von 290 Menschen unterschrieben wurde.

Die Aktion wurde von örtlichen Friedensgruppen im Koordinierungsausschuß Linnich und der Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA) vorbereitet und fand vierzehn Tage nach der überregionalen Demonstration am 15. Oktober statt. Von Linnich-Glimbach aus sollen im Kriegsfall Heer und Luftwaffe im nördlichen Mitteleuropa kommandiert werden.

Die verbunkerte und auf Atombombensicherheit angelegte Kommandozentrale, die mitten in einem Landschaftsschutzgebiet in die Erde gegraben wird, ist wie die Pläne zur Modernisierung der Kurzstreckenatomwaffen oder der Jäger 90 Beispiel für die unverminderte Entschlossenheit der NATO, Krieg vorzubereiten und führbar zu machen.

Die BlockiererInnen wurden mehrfach von der Polizei geräumt, wenn Arbeiter oder Baufahrzeuge in das Gelände hineinwollten, wobei zehn Personen festgenommen wurden. Obwohl das Ziel der Blockade, die Bauarbeiten für diesen Tag lahmzulegen, nicht vollständig erreicht wurde, werteten die TeilnehmerInnen die Aktion als Erfolg. Die Friedensbewegung der Region ist entschlossen, in ihrem Protest und Widerstand nicht nachzulassen und auch im kommenden Jahr Aktionen Zivilen Ungehorsams durchzuführen.

• Christine Schweitzer

Unterschriftenlisten mit folgendem Text gegen das Wahnsinnsprojekt „Jäger 90“ sind im Friedensbüro erhältlich:

Jäger 90 — gefährlich, sinnlos und teuer

Der Jäger 90 soll gebaut werden. So wollen es die Bundesregierung und die Parteien der Regierungskoalition.

Für 60 Milliarden DM wollen die Partnerländer Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Italien und Spanien 800 Kampfflugzeuge anschaffen. Davon 200 für die Bundeswehr. Der Kostenanteil für die Bundesrepublik Deutschland (Entwicklung und Anschaffung) wird mit über 22 Milliarden beziffert. Angesichts der üblichen Preissteigerungsraten ist mit einem Vielfachen dieses Betrages zu rechnen. (Zum Vergleich: beim letzten europäischen Kampfflugzeug "Tornado" stiegen die gesamten Kosten gegenüber dem Ansatz um 770 Prozent).

Der Bau des Jäger 90 ist gefährlich, sinnlos und ruinös teuer.

- Gefährlich ist dieses Rüstungsprojekt, weil es ungeachtet der Chancen für Abrüstung, Entspannung und Vertrauensbildung zwischen Ost und West, die BRD auf Rüstung und Konfrontation festzulegen droht.
- Sinnlos ist es, weil es eine neue Rüstungsrunde nach sich zöge, was angesichts der schon angehäuften Zerstörungspotentiale weitere Unsicherheit zur Folge hätte.
- Der Bau des Jäger 90 würde die Grenzen unserer finanziellen Belastbarkeit überschreiten. Das größte Haushaltsdefizit in der Geschichte der BRD soll schon jetzt durch steigende Steuern und Gebühren, durch Abbau sozialer Leistungen und durch Schließung von kulturellen und sozialen Einrichtungen beseitigt werden. Notwendige Mittel fehlen, um Arbeitsplätze zu schaffen, um der Verödung ganzer Regionen entgegenzutreten und um die Vernichtung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu verhindern.

Es gibt keinen vernünftigen Grund, weiter zu Lasten unserer Gesellschaft aufzurüsten. Alles spricht gegen den Jäger 90. Alles spricht für Abrüstung, Verständigung und gemeinsame Lösung der Zukunftsaufgaben.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Beteiligung am Bau des Jäger 90 aufzugeben und statt dessen abzurüsten. Das könnte zur finanziellen Entlastung unserer Bürger beitragen und Mittel für Arbeitsplätze sowie zur Lösung sozialer, ökologischer und kultureller Aufgaben freimachen.

Ab Januar kann über das Friedensbüro der Reisebrief von Beates Philippinenreise „Schlimmer als unter Marcos?“ bestellt werden.

Kosten: 3.-DM. (plus Porto)

Der Reinerlös durch den Verkauf der Broschüre geht an den Verein „Eine Welt Laden in Kastellaun e.V.“

WINTEX-CIMEX '89

Einladung zur
bundesweiten Aktionsberatung

am Sonntag, dem 15. Januar 1989
im Bürgerzentrum Alte Feuerwache,
Melchiorstr.3, 5000 Köln 1

In der Zeit vom 24.2. bis zum 9.3.1989 ist es wieder soweit: Die deutschen Ämter proben den Krieg.

Geübt wird, in einer internationalen Krisensituation schnell die volle Kriegsführungsfähigkeit herstellen zu können, die zivilen Produktions- und Transportmittel dem Militär verfügbar zu machen, störende Reaktionen der Bevölkerung zu unterbinden und Widerstand gegen die Kriegsvorbereitungen zu zerschlagen. Geschehen wird das alles - streng geheim - nur auf dem Papier, in der Form einer Planübung, der NATO-Stabsrahmenübung WINTEX-CIMEX '89.

Neben der Bundesregierung werden sich die Landesregierungen beteiligen und darüber hinaus auch einige Bezirksregierungen und Kreis- und Gemeindeverwaltungen.

Gegen die letzten WINTEX-CIMEX-Manöver 1987 organisierten eine ganze Reihe von Gruppen Widerstand in vielfältiger Form. Auch WINTEX-CIMEX '89 soll nicht ungestört über die Bühne gehen!

In einigen Gruppen laufen bereits Vorbereitungen, die darauf abzielen, die geheimen Kriegsspiele in die öffentliche Diskussion zu bringen und die Durchführung dieser Übung zu stören.

Im Vorfeld von WINTEX-CIMEX '89 möchten wir alle, die an Gegenaktivitäten Interesse haben bzw. daran schon konkret arbeiten, nach Köln einladen.

Bei diesem Treffen können

- Informationen ausgetauscht werden (welche Verwaltung übt mit? ...)
- Aktionsideen entwickelt werden
- ein gemeinsamer Aktionsrahmen beraten werden.

Kontakt und weitere Informationen:

Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, Vogelsbergstr.17, 6000 Frankfurt 1, Tel. 069 / 4980394, Graswurzelwerkstatt, Scharnhorststr.6, 5000 Köln 60, Tel. 0221 / 765842, Dieter Schöffmann, Am Schwarzen Meer 67, 2800 Bremen 1, Tel. 0421 / 4985966.



Briefe + Antworten



Auf den Brief von Frau Will-Feld vom 19.09.88 ans Friedensbüro, der im letzten Friedens-Info abgedruckt war, hat Beate geantwortet.

An Frau
Waltrud Will-Feld MdB
Bürgerbüro der CDU
Binger Str.
6540 Simmern

Beate Ronnefeldt
Dorfstr. 11
5448 Krastel

Krastel, 08.11.88

Betr.: Weitere Ausfahrten der Cruise-Missile-Einheiten /
Illegale Beschaffung des Cruise-Missile-Stationierungsgeländes
bei Hasselbach

Sehr geehrte Frau Will-Feld,

in den "Friedensinformationen" der Friedensinitiativen Rhein-Hunsrück-Mosel wurde Ihr Brief an Frau Kisters vom 19.09.88 bezüglich der Unterschriftenlisten gegen die weiteren Übungsausfahrten der Cruise-Missiles abgedruckt.

Ich muß sagen, daß mich Ihre Aussagen ein wenig befremdet haben. In Ihrem Brief klingt es so, als sei allein die Bekanntgabe der weiteren Ausfahrten der Cruise-Missiles schon Grund genug, nicht dagegen zu protestieren. Als wenn alles, was "von oben" kommt, in Form von Bekanntgabe bereits unantastbar und von der Bevölkerung zu akzeptieren sei.

Ich, und viele andere mit mir, protestiere weiterhin gegen diese Ausfahrten. Die weitere Gefährdung durch die Cruise-Missiles bis 1991 einfach hinzunehmen, nur, weil sie nun einmal so im Abkommen vereinbart ist und der Bevölkerung bekanntgegeben wurde, daß es "notwendig" sei, die "Sicherheit" und Einsatzbereitschaft des betreffenden Waffensystems solange zu gewährleisten, bis der Abzug und die Vernichtung der Mittelstreckenwaffen abgeschlossen ist, kommt mir wie Obrigkeitdenken vor. Das ist, als wenn ein Kind fragt "warum ist das so?" und die Antwort der Eltern lautet "weil wir das so sagen" oder "darum". Dieses wollte ich Ihnen nur als Reaktion auf Ihren Brief mitteilen und Sie bitten,

noch einmal zu überdenken, ob der Protest der Bevölkerung nicht gerechtfertigt ist.

Aber nun zum eigentlichen Grund meines Schreibens.

Ich habe Ihnen eine Kopie eines Artikels aus der "Hunsrücker Zeitung" mitgeschickt, in dem berichtet wird über die rechtswidrige Beschaffung des Cruise-Missile-Geländes bei Hasselbach sowie eine Broschüre der GRÜNEN in gleicher Sache.

Ich möchte Sie nun bitten, alles erdenklich Mögliche in die Wege zu leiten, damit nicht noch mehr Schaden angerichtet wird. Während friedliche BlockiererInnen oder gar Menschen, die zu einer friedlichen Sitzdemonstration gegen die Raketen bei Hasselbach aufgerufen haben, streng bestraft werden, und der ermittelnde Oberstaatsanwalt es sogar für notwendig hält, am helllichten Tag im Friedensbüro in Kastellaun für eine Hausdurchsuchung einzubrechen, angeblich wegen "Gefahr im Verzug", wobei er ohne Schwierigkeiten jederzeit an einen Schlüssel gekommen wäre und gegen andere BlockiererInnen (Rheinhausen) nicht einmal ermittelt wird, wird scheinbar schon über längere Zeit hinweg von unserer Landesregierung Recht gebrochen, ohne daß ein Staatsanwalt irgendetwas dagegen unternimmt.

Der Formfehler bei der Beschaffung des Cruise-Missile-Geländes soll erheblich schwerwiegender sein, als im Falle "Mülheim-Kärlich". "Mülheim-Kärlich" wurde stillgelegt.

Und was geschieht im Hunsrück?

Die Raketen machen weiterhin, auf illegaler Basis, ihre Ausfahrten, das Gelände wird illegal weiter ausgebaut, die Pläne zur Weiterverwendung des Geländes sollen durchgezogen werden, trotz Rechtsbruches usw.

Können Sie nachvollziehen, daß wir immer weniger Vertrauen in unseren Rechtsstaat haben?

Ich möchte Sie bitten, sich dafür einzusetzen, daß diesen Ungereimtheiten nachgegangen wird und daß wir als BürgerInnen dieses Staates endlich einmal das Gefühl haben können, daß unser Rechtsstaat und unsere Regierungen dazu da sind, den Interessen und dem Wohl der Bevölkerung zu dienen und nicht dem Gegenteil. Unser Vertrauen in "die da oben" ist auf jeden Fall schon ganz schön angeschlagen.

Für Ihre Aufmerksamkeit und Ihre Bemühungen ganz herzlichen Dank! Ich warte mit Spannung auf eine Antwort von Ihnen und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Ebenfalls im letzten Info veröffentlichten wir einen Brief der Friedensinitiative an den Innenminister von NRW, Herbert Schnoor (SPD), in dem wir uns über die Filmerei bei der Linnich-Demo beschwerten. Hier nun die Antwort:

Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen
Haroldstr. 5
Telefon (0211) 87 11
4000 Düsseldorf, den 07. Dez. 1988

- IV C 2 - 1571 -

An die Friedensinitiative
Rhein-Hunsrück-Mosel
c/o Friedensbüro
z. H. Beate Ronnefeldt
Bopparder Str. 25
5448 Kastellaun

Sehr geehrte Damen und Herren!

Für Ihr Schreiben vom 17.10.1988 danke ich Ihnen.

Zu dem von Ihnen beanstandeten Sachverhalt hat mir der Regierungspräsident Köln inzwischen berichtet.

Danach wurde während der damaligen Demonstration der Zaun zwischen dem Baugelände und dem Kundgebungsort mit Transparenten und Tüchern behängt, so daß die Polizei das Geschehen im Vorfeld der Baustellenbefriedung nicht mehr einwandfrei beobachten konnte.

Um die Ereignisse weiterhin verfolgen zu können, wurde auf dem Baukran Position bezogen. Von dort aus sollte auch - falls erforderlich - bei Störungen eine Beweissicherung durchgeführt werden.

Gegen 14.00 Uhr wurden tatsächlich einige Foto- und Videoaufzeichnungen gefertigt, ohne daß dazu ein akuter Anlaß vorlag. Aufgrund einer Intervention des Veranstalters und der Tatsache, daß die Demonstration ruhig verlief, veranlaßte der Einsatzleiter den Abzug der Beamten vom Baukran.

Obwohl von den Beamten lediglich Übersichtsaufnahmen gefertigt wurden, sind die Vorbehalte der Betroffenen gegen diese Maßnahme verständlich.

Das gefertigte Material wird vernichtet.

Ich werde die Angelegenheit zum Anlaß nehmen, die Polizeibehörden und -einrichtungen darauf hinzuweisen, daß Foto- und Videoaufnahmen bei versammlungsrechtlichen Veranstaltungen zur Beweissicherung nur dann zu fertigen sind, wenn Hinweise auf konkrete Störungen vorliegen.

Mit freundlichen Grüßen
(folgt Unterschrift)
(Dr. Herbert Schnoor)

+++ Termine +++ Termine +++ Termine +++

Sa. 17.12. 10.00 Uhr:

Adventlicher Aktionstag der FI im ev. Gemeindehaus Bell.

- Reparatur der restlichen Kreuze auf dem Kreuzacker
- gemeinsames Mittagessen
- Malen von Transparenten für eine Gosberg-Aktion
- Besuch des Gosbergs und Aufstellen eines Kreuzes
- gemeinsames Plätzchenessen und Kaffeetrinken

Mitbringen: Bretter, Nägel, Säge, Schraubenzieher (am besten ein Akku-Schrauber), Schrauben, Gummistiefel, etwas zum Mittagessen und Kaffeetrinken. PLÄTZCHEN NICHT VERGESSEN!

Sa. 24.12. (Heiligabend) 22.00 Uhr :

Gottesdienst am Friedenskreuz vor dem Stationierungsgelände

Mi. 29.12. 20.00 Uhr (?) in Mainz:

Berliner Kompanie mit „Monsignor Romero“ (Nähere Informationen bald im Friedensbüro)

Silvester:

Erstmalig findet in diesem Jahr auch an Silvester ein Gottesdienst am Friedenskreuz vor dem Stationierungsgelände statt, der von einer Friedensgruppe aus Merbusch gestaltet wird.

Beginn 23.30 Uhr. Anschließend besteht die Möglichkeit, im ev. Gemeindehaus in Bell noch gemütlich zusammensitzen. Getränke und Knabberkram bitte mitbringen. Für das Gebet Kerzen mitbringen.

Ab Mitte Januar ist Beate bereit, über ihre Philippinenreise zu berichten (Dia-Vortrag). Friedensstammtische oder Gruppen, die sie gerne dazu einladen möchten können sich bei ihr melden, um einen Termin abzumachen.

(Tel. 06762-6339)

Vier Möglichkeiten das FRIEDENS-INFO zu abonnieren:

☐ Anbei 10,- DM für die nächsten 10 Ausgaben (incl. Porto)

☐ Ich schenke ein Abo für 10,- DM an:

Adresse: Name..... Straße.....

PLZ..... Wohnort..... Telefon

☐ Ich überweise monatlich eine Spende von DM für die Friedensarbeit im Hunsrück und erhalte dann das INFO kostenlos.

☐ Ich überweise eine einmalige Spende von DM

Absender: Name:..... Straße.....

PLZ..... Wohnort..... Telefon.....

Spendenkonto: Volksbank Kirchberg, BLZ 560 614 72, Kto 101 35 91

Postscheckkonto Ffm, Sonderkonto Hildegard Engelmann, Kto Nr 44 1898-603

Einsenden an: Friedensbüro, Bopparderstr. 25, 5448 Kastellaun,

Tel. 06762-6075

Öffnungszeiten Friedensbüro: Mo., Do. und Fr. 9.00 -13.00 Uhr

Mi. und Do. 14.00 - 18.00 Uhr

HUNSRÜCK-FORUM

Zeitschrift für Demokratie und Frieden

Die jeweils neuesten Beobachtungen, Termine, Hintergrundberichte und „Indiskretionen“ aller Art. Herausgegeben von Mitarbeitern der Hunsrücker Friedensbewegung.



- Das HUNSRÜCK-FORUM kostet im Jahresabonnement DM 12,80 (incl. Porto) und ist zu beziehen über Postfach 451, 6540 Simmern, Telefon 06746/1639.

IMPRESSUM: - Friedensinformationen - der FI Rhein-Hunsrück-Mosel
Bopparder Str. 25, 5448 Kastellaun, Tel. 06762/6075

V.i.S.d.P.: Heidrun Kisters, Karin König, Beate Ronnefeldt, Horst Petry

Satz+Druck: Druckerel H. Petry, 5449 Pfalzfeld